



Bad Schwalbach, den 06.09.2017

Niederschrift

Gremium	Ausschuss für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung
Sitzungsnummer	10/X. Wahlperiode
Datum	Dienstag, 5. September 2017
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	18:18 Uhr
Ort	KA-Sitzungszimmer

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Paul Weimann	
-------------------	--

Stellv. Vorsitzende

Herr Roland Hoffmann	
----------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

Mitglied

Herr Harald Schmelzeisen	
--------------------------	--

Herr Günter Heckel	
--------------------	--

Frau Annette Reineke-Westphal	
-------------------------------	--

Herr Volker Mosler	
--------------------	--

Herr Christian Kessner	
------------------------	--

Dezernent

Herr Günter F. Döring	
-----------------------	--

Stellv. Mitglied

Frau Inga Rossow	
------------------	--

Frau Helga Becker	
-------------------	--

Herr Ali Emamalizadeh	
-----------------------	--

Herr Thomas Wiczorek	
----------------------	--

entschuldigt

Frau Christel Hoffmann	
Herr Winfried Steinmacher	
Herr Udo Scheliga	
Herr Hans-Josef Becker	

Verwaltung

Herr Thomas Brunke	
--------------------	--

Schriftführer

Herr Franco Matera	
--------------------	--

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

Der Vorsitzende des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung Weimann, eröffnet die Sitzung um 16.00 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die Anwesenden Mitglieder und Landrat Kilian und die Presse. Als Gäste werden die Herren Prof. Zemlin, Geschäftsführer der ESWE Verkehr, Dezernent Döring, und Herr Brunke von der RTV begrüßt.

Zur Tagesordnung sollen alle Verkehrs relevanten Punkte an den Anfang gezogen werden. Gegen diesen Vorschlag werden keine Einwände vorgebracht.

Die Tagesordnungspunkte 2, 3, 10, 15,16 und 19 werden somit vorgezogen.

Zu den Tagesordnungspunkten 2, 7, 10, 11, 18, 19 und 20 liegen Ergänzungsanträge vor.

TOP 1. DS Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung vom 16.05.2017

Abstimmungsergebnis: **einstimmig genehmigt**

TOP 2. DS X/403 Citybahn-Anbindung Bad Schwalbach – Zeit- und Kostenplan

Ausschussvorsitzender Weimann erläutert kurz die Vorlage und übergibt das Wort an Hr. Prof. Zemlin, Geschäftsführer der ESWE Verkehr. Dieser erläutert in seiner Präsentation (**Anlage 1 der Niederschrift**) über das Projekt CityBahn.

Fragen der Abg. Hoffmann, Wieczorek, Mosler werden von Hr. Prof. Zemlin beantwortet.

An der Aussprache beteiligen sich Landrat Kilian, Mosler, Prof. Zemlin, Rossow, und Reineke-Westphal.

Ausschussvorsitzender Weimann bedankt sich bei Hr. Prof. Zemlin für sein Kommen und verabschiedet ihn.

Es liegt ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vor. **(Anlage 2 der Niederschrift).**

Dieser Änderungsantrag wird zusammen mit der Vorlage sodann mit:

9 Ja –Stimmen
1 Nein-Stimme
und 1 Enthaltung
mehrheitlich

beschlossen.

Somit ist der Antrag des Abg. Klein unter TOP 16 abgelehnt.

Beschluss:

1. Die Ausführungen zum Zeit- und Kostenplan zur Anbindung der Citybahn bis Bad Schwalbach werden zur Kenntnis genommen.
2. Sofern eine Förderfähigkeit der Citybahn-Anbindung bis Bad Schwalbach im Gesamtinfrastrukturvorhaben der Citybahn Mainz-Wiesbaden-Bad Schwalbach nach dem Gemeinde-Verkehrs-Finanzierungsgesetz (Bundes-GVFG) gegeben ist, wird der Kreisausschuss beauftragt, mit dem Regierungspräsidium als Aufsichtsbehörde in Verhandlungen einzutreten, um schon im Vorgriff auf den Haushaltsbeschluss zum Haushalt 2018 die Bereitschaft der Aufsichtsbehörde zur in Aussicht zu stellenden Genehmigungsfähigkeit der zu erwartenden Nettoneuverschuldungen in den Haushaltsjahren 2018 bis 2026 zu prüfen.
3. Über die Ergebnisse der Verhandlungen ist dem Kreistag umgehend, spätestens aber zu den Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2018 zu berichten.
4. Der Rheingau-Taunus-Kreis tritt als Gesellschafter der Citybahn GmbH schnellstmöglich bei.
5. Der Rheingau-Taunus-Kreis verfolgt einen anteiligen Streckenabschnitt Eiserne Hand-Bad Schwalbach und setzt sich hierfür ein.

TOP 16. DS X/413 CityBahn GmbH Main/Wiesbaden; hier: Antrag Nr. 22/17 des fraktionslosen Abg. Klein vom 15.08.2017

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 3. DS X/300 Kooperation RTV/ESWE ; hier Stellungnahme der Verwaltung zum Berichts Antrag 02/16 der FDP-Fraktion

Eine Frage des Abg. Hoffmann wird von Hr. Brunke beantwortet.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 10. DS X/338 Linie 271; hier: Antrag Nr. 10/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.04.2017

Abg. Reineke-Westphal erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen. Abg. Mosler erläutert den Änderungsantrag der CDU-Fraktion (**Anlage 3 der Niederschrift**). KB Döring und Hr. Brunke erläutern geben dazu einen Sachstandsbericht ab (**Anlage 4 der Niederschrift**).

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Reineke-Westphal, Ausschussvorsitzender Weimann, Rossow, KB Döring, Hoffmann und Schmelzeisen.

Es wird vereinbart den Antrag noch einmal in den Fraktionen zu besprechen. Somit erfolgt keine Beschlussempfehlung des Ausschuss.

Abstimmungsergebnis: **keine Ausschuss Empfehlung**

TOP 15. DS X/405 Bereitstellung zusätzlicher Züge während der Sanierung der Salzachtalbrücke; hier: Antrag Nr. 20/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.08.2017, eingegangen am 07.08.2017

Abg. Reineke-Westphal begründet den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. KB Döring und Hr. Brunke geben hierzu einen Sachstandsbericht ab. (**Anlage 5 der Niederschrift**).

An der Aussprache beteiligt sich der Abg. Hoffmann.

Der Antrag soll noch einmal in der Fraktion besprochen werden. Der Ausschuss gibt keine Beschlussempfehlung ab.

Abstimmungsergebnis: **keine Ausschuss Empfehlung**

TOP 19. DS X/419 Prüfung zusätzlicher Waggons in den Zügen der Linie 10 der VIAS zu Stoßzeiten; hier: Antrag Nr. 25/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.08.2017, eingegangen am 16.08.2017

Abg. Reineke-Westphal begründet den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. KB Döring und Hr. Brunke geben hierzu eine kurze Stellungnahme ab (**Anlage 6 der Niederschrift**).

An der Aussprache beteiligen sich der Ausschussvorsitzende Weimann und der Abg. Schmelzeisen.

Es liegt ein Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vor. (**Anlage 7 der Niederschrift**).

Der Antrag wird sodann zusammen mit dem Ergänzungsantrag abgestimmt.

Bei 1 Enthaltung
Einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Ka wird gebeten zu prüfen und zu berichten, ob und unter welchen Bedingungen eine Ausweitung der Kapazitäten auf der Rheingau-Strecke der VIAS durch zusätzliche Wagons möglich ist. Mit dem RMV und der VIAS sind Gespräche über dieses Thema zu führen.

Folgende Punkte sind zu prüfen:

6. Ist eine Ausweitung der Kapazitäten durch zusätzliche Zugabteile grundsätzlich möglich?
7. Wie sehen die Fahrgastzahlen, z.B. an Werktagen (u.a. zu Stoßzeiten), in den Ferien und an den Wochenenden im Sommer aus?
8. Wie sehen die vertraglichen Vereinbarungen zwischen RMV und VIAS über Kosten und Zuglängen zu bestimmten Zeiten aus? Nach diesen Vereinbarungen dürfte die VIAS ihren Fahrzeugpark bemessen und beschafft haben.
9. Welche Kapazitäten hat die VIAS, um absehbare Stoßzeiten angemessen zu bedienen?
10. Wie schnell und flexibel kann seitens des RMV und der VIAS reagiert werden?
11. Wie sehen die Gegebenheiten in den Bahnhöfen aus?

Über das Ergebnis der Gespräche ist dem Kreistag in der nächsten Kreistagssitzung zu berichten.

TOP 4. DS X/373 Wildschäden im RTK; hier: Berichts Antrag Nr. 04/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.03.2017

Abg. Reineke-Westphal erläutert kurz den Berichts Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Hoffmann und Schmelzeisen.

Der Antrag wird sodann

bei 1 Enthaltung
einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Wie wurde diese Untersuchung finanziert?
 - 1.1 Welcher Betrag stammt aus Mitteln des RTK?
 - 1.2 Auf welcher Buchungsstelle wurden die Ausgaben verbucht?
2. Wie ist das Ergebnis der Untersuchung?
 - 2.1 Kann den Kreistagsmitgliedern das Ergebnis der Untersuchung in gedruckter bzw. digitaler Form zur Verfügung gestellt werden?
3. Welche Waldbesitzer im RTK sind bereit, dem Kreistag Daten über die Höhe der bisher entstandenen Wildschäden an den Waldbeständen zur Verfügung zu stellen?
 - 3.1 Wie hoch sind die Schäden bei den einzelnen Waldbesitzern?
4. In welchem Umfang ist die untere Jagdbehörde (UJB) beim RTK dafür verantwortlich, dass die Wildbestände auf ein biotopverträgliches Maß bzw. so reguliert werden, dass eine übermäßigen Schäden an den Waldbeständen und in der Landwirtschaft entstehen?
 - 4.1 Seit wann liegen der UJB-Erkenntnisse über überhöhte Wildbestände vor?
 - 4.2 Welche Maßnahmen hat die UJB bisher unternommen um das Ziel zu erreichen, die Wildbestände auf ein Biotop-verträgliches Maß zu regulieren?
 - 4.3 Da die bisherigen Maßnahmen offensichtlich nicht hinreichend wirksam sind: Welche Maßnahmen sollen in Zukunft ergriffen werden, um das Ziel biotopverträgliche Wildbestände - insbesondere Rotwildbestände - zu erreichen?
 - 4.4 Bis wann soll welches Teilziel erreicht werden?
5. Trifft es zu, dass es trotz überhöhter Rotwildbestände nach wie vor zahlenmäßige Beschränkungen bei der Bejagung gibt?
 - 5.1 Trifft es zu, dass bestimmte Geweihmerkmale die Möglichkeit zur Bejagung von Rotwild einschränken?
 - 5.2 Trifft es zu, dass Jäger Sanktionen befürchten müssen, wenn sie einen Hirsch Geschossen haben, an dessen Trophäe sich ein Geweihende mehr befindet, als die dafür geschaffene Richtlinie vorgibt?
 - 5.3 Welcher Art von Sanktionen können in solchen Fällen verhängt werden?
 - 5.4 Welche Sanktionen in welchem Umfang wurden in den letzten 5 Jahren wegen Verstößen gegen die Einschränkungen der Rotwildrichtlinie im RTK verhängt?
 - 5.5 Welchen Inhalt hat die derzeit gültige Rotwildrichtlinie?
6. Trifft es zu, dass jedes Jahr im RTK auf einer sogenannten „Hegeschau“ (umgangssprachlich auch „Trophäenschau“ genannt) die Geweihe der im RTK erlegten Rothirsche ausgestellt werden?
 - 6.1 Auf welcher Rechtsgrundlage findet diese Schau statt?
 - 6.2 Ist diese Schau aus rechtlichen Gründen zwingend erforderlich oder könnte auch Darauf verzichtet werden?
 - 6.3 Welche Erkenntnisse wurden in der Vergangenheit aus dieser Schau gewonnen?
 - 6.4 Welche Maßnahmen wurden aus diesen Erkenntnissen abgeleitet und zur Reduktion der überhöhten Rotwildbestände umgesetzt?
 - 6.5 Mit welchen finanziellen und personellen Mitteln unterstützt der RTK in welchem Umfang die Durchführung der jährlichen Trophäenschau?

TOP 5. DS X/385 Berichterstattung über die Umsetzung der Kreistagsbeschlüsse zum demografischen Wandel vom 14.05. und 26.11.2007

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 6. DS X/393 Weiterentwicklung der Dachmarke Kulturland Rheingau - Vorstellung des Endberichtes der Phase I

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Endbericht der Phase I des LEADER-Projektes „Weiterentwicklung Dachmarke Kulturland Rheingau“ wird zur Kenntnis genommen.

TOP 7. DS X/387 Dritte Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 - Stellungnahme des Rheingau-Taunus-Kreises

Abg. Hoffmann läutert den Änderungsantrag der FDP-Fraktion (**Anlage 8 der Niederschrift**). An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Reineke-Westphal und Rossow.

Der Ursprungsantrag wird zunächst ohne den Änderungsantrag abgestimmt. Der Antrag wird bei 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen. Abg. Hoffmann beantragt erneute Abstimmung.

Zunächst wird nun der Änderungsantrag der FDP-Fraktion abgestimmt. Dieser wird bei

2 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
und der Rest Enthaltung
bei Stimmengleichheit

abgelehnt.

Sodann wird noch einmal der Ursprungsantrag abgestimmt. Dieser wird bei

7 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
und 2 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Stimmenverhältnis: 7 Ja-Stimmen - 1 Nein-Stimmen - 2 Enthaltungen

Beschluss:

Der vorbehaltlich der Bestätigung durch Kreisausschuss, Ausschuss für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung und Kreistag fristwährend versendeten Stellungnahme zur dritten Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 wird zugestimmt.

TOP 8.	DS X/337	Resolution "Ultranet"; hier: Antrag Nr. 09/17 der CDU-Fraktion vom 21.04.2017, eingegangen am 24.04.2017
TOP 9.	DS X/346	Ultranet - Alternative Trassenführung im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Antrag Nr. 15/17 der SPD-Fraktion vom 25.04.2017

Ausschussvorsitzender Weimann berichtet von den Beratungen aus der letzten EUKA-Sitzung es wurde ein gemeinsamer Antrag von CDU und SPD damals beschlossen. Im Kreistag gab es einen Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion.

Beide Anträge werden zusammen zur Abstimmung gestellt. Dieser wird dann bei

9 JA-Stimmen
und 1 Enthaltung
einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Stimmenverhältnis: 9 Ja-Stimmen - 0 Nein-Stimmen - 1 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises stellt fest, dass die von den Übertragungsnetzbetreibern Amprion und Transnet BW geplante Stromleitung „Ultranet“ als Projekt mit sogenannter Hybridtechnologie, bei Gleich- und Wechselstrom auf denselben Masten übertragen werden sollen, bisher weltweit einmalig ist.
2. Der Kreistag stellt zudem fest, dass die bisher bestehende Hochspannungs-Trassenführung in Niedernhausen, Idstein und Hünstetten-Wallrabenstein mitunter nur 20 Meter an bestehender Bebauung vorbeiführt. Der Kreistag des Landkreises Rheingau-Taunus spricht sich für eine anwohnerfreundliche und siedlungsverträgliche Trassenführung des BBPIG-Vorhabens Nr. 2 „Ultranet“ von Osterath nach Philippsburg aus.
3. Der Kreisausschuss wird beauftragt, in enger Abstimmung mit den betroffenen Kommunen und Anliegern in Rahmen der Offenlegung der aktuell in Arbeit befindlichen Bundesfachplanung bei der Bundesnetzagentur und im Rahmen des vermutlich 2018 stattfindenden Planfeststellungsverfahrens in Stellungnahmen an die Bundesnetzagentur auf eine alternative Trassenführung hinzuwirken. Wo möglich, sollen Spielräume genutzt werden, um im Rahmen alternativer Trassenvarianten Aspekte der Anwohnerfreundlichkeit, der Siedlungsverträglichkeit und allgemeiner Risikovorsorge durch hinreichende Abstände zu bebauten Gebieten einzuhalten. So kann günstigenfalls sogar eine Verbesserung gegenüber dem heutigen Bestand erreicht werden. Die Möglichkeiten einer Erdverkabelung sind hierbei zu prüfen.

4. Der Kreisausschuss wird gebeten, den Gesetzgeber aufzufordern, das Gesetz über den Bundesbedarfsplan dahingehend zu ändern, dass das Vorhaben 2 (Höchstspannungsleitung Osterrath-Philippsburg: Gleichstrom) in der Anlage (zu § 1 Absatz 1) Bundesbedarfsplan mit der Kennzeichnung „E“ versehen wird und somit eine Erdverkabelung vorgenommen werden muss.
5. Alternativ muss die kombinierte Wechselstrom-Gleichstrom-Hochspannungs-Freileitung Ultramet auf jeden Fall einen Abstand von 400m zu Wohngebieten einhalten.
6. Der Gesetzgeber ist zudem aufzufordern, die gesundheitlichen Auswirkungen kombinierter Wechselstrom-Gleichstrom-Hochspannungs-Freileitungen umfassend zu untersuchen und bei Bedarf weitere Maßnahmen zum Schutz der Anwohner in die Wege zu leiten.

TOP 11. DS X/339 Erstellung eines Handlungskonzepts zur Klimaanpassung im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Antrag Nr. 11/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.04.2017

Abg. Reineke-Westphal erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Abg. Kessner erläutert den Antrag der AfD-Fraktion (**Anlage 9 der Niederschrift**). An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Hoffmann, Mosler, Ausschussvorsitzender Weimann, Reineke-Westphal und Schmelzeisen. Abg. Kessner nimmt den Antrag der AfD noch einmal zurück in die Fraktion.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird sodann bei:

1 Ja-Stimme
6 Nein-Stimmen
und 3 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 12. DS X/353 Ortsumgehung Esch schnell realisieren- B 8 Ausbau in einem Guss planen und umsetzen; Dringlichkeitsantrag Nr. 16/17 der SPD-Fraktion vom 08.05.2017

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Reineke-Westphal, Rossow, Schmelzeisen und Hoffmann.

Der Antrag wird sodann bei:

8 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung
Mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Stimmenverhältnis: 8 Ja-Stimmen - 1 Nein-Stimmen - 1 Enthaltungen

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, sich angesichts der Verkehrssituation und der hohen Belastung mit Durchgangsverkehr für die Anwohner entlang der B8 im Ortsteil Esch bei der Hessischen Landesregierung nachdrücklich dafür einzusetzen, die im Bundesverkehrswegeplan in den vordringlichen Bedarf eingestufte Maßnahme zügig zu planen und umzusetzen. Es kann und darf nicht sein, dass der Ausbau in Esch auf die lange Bank geschoben wird während die übrigen Maßnahmen an der B8 in die Umsetzung kommen. Die Folgen könnten für Esch erhebliche Mehrbelastungen bedeuten.

Um dies zu verhindern und dafür zu sorgen, dass auch die anderen Maßnahmen nicht verzögert werden, müssen die Planungen zusammengeführt und aus einem Guss zügig vorangetrieben werden. So kann sichergestellt werden, dass die Verkehrsentslastung und damit ein Zugewinn an Lebensqualität für alle Anwohner an den betroffenen Streckenabschnitten der B8 Fahrt aufnehmen kann.

TOP 13. DS X/364 Gesundheitsschutz Nachfahrverbot von Güterwagons; hier: Antrag Nr. 19 a/17 der Fraktion DIE LINKE vom 22.05.2017, eingegangen am 23.05.2017

Der Antrag wird bei:

6 Nein-Stimmen
und 4 Ja-Stimmen
mehrheitlich

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 14. DS X/398 Kreisweite Einführung des Katwarn Systems über die Rettungsleitstelle des Rheingau-Taunus-Kreises / Bürgerfreundliches Kommunalwarn- und Informationssystem über das Smartphone; Antrag Nr. 19 b/17 der CDU-Fraktion vom 26.07.2017

Abg. Mosler erläutert den Antrag der CDU-Fraktion.

Landrat Kilian macht folgenden alternativen Beschlussvorschlag:

- 1. Der Kreisausschuss wird aufgefordert ein Warn- und Informationssystem für die Bevölkerung des Rheingau-Taunus-Kreises einzuführen, dass auch die Warn und Nachrichtenverbreitung über die Smartphon-App KATWARN ermöglicht.**
- 2. Die technischen Realisierungsmöglichkeiten und eine Förderung durch das Land Hessen sind zu prüfen.**

3. Über die Einführung des Systems soll in regelmäßigen Abständen informiert werden.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Reineke-Westphal, Rossow, Ausschussvorsitzender Weimann, Schmelzeisen und Mosler.

Abg. Rossow stellt einen Vertagungsantrag.

Dieser Antrag wird bei:

7 JA-Stimmen
3 Nein-Stimmen
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP 17. DS X/414 PKW-Verkehr mit Erdgasantrieb fördern; hier: Antrag Nr. 23/17 des fraktionslosen Abg. Klein vom 15.08.2017

Abstimmungsergebnis: **vom Antragssteller zurückgezogen**

TOP 18. DS X/415 Abwenden des Fahrverbots für Dieselfahrzeuge in Wiesbaden; hier Antrag Nr. 24/17 der CDU-Fraktion vom 14.08.2017, eingegangen am 15.08.2017

Es liegt ein Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vor (**Anlage 10 der Niederschrift**). An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Rossow und Weimann.

Der Antrag wird zusammen mit dem Ergänzungsantrag abgestimmt. Dieser wird dann bei

1 Enthaltung
einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat gegen das Land Hessen hinsichtlich der Einhaltung des Luftreinhalteplans Klage eingereicht. In diesem Zusammenhang steht als Maßnahmenkonsequenz auch ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge in Wiesbaden im Raum, das auch gravierende Auswirkungen auf die Bevölkerung des Rheingau-Taunus-Kreises hätte. Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises steht einem Dieselfahrverbot klar ablehnend

gegenüber und appelliert an die Hessische Landesregierung, die Landeshauptstadt Wiesbaden, aber auch an die Vertreter der hiesigen Wirtschaft, insbesondere der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer, sich grundsätzlich für ein Abwenden des Fahrverbots für Dieselfahrzeuge in Wiesbaden einzusetzen.

Der Rheingau-Taunus-Kreis appelliert an die Hessische Landesregierung und die Bundesregierung, dafür Sorge zu tragen, dass die technisch notwendige Nachrüstung (Nicht Softwareanpassungen) der Fahrzeuge von den verursachenden Unternehmen voll bezahlt werden und nicht von den Kunden, die im guten Glauben an die Einhaltung der Luftimmissionsgrenzwerte der EU diese Dieselfahrzeuge gekauft haben.

TOP 20. DS X/425 Bauen im Außenbereich; hier Antrag Nr. 29/17 der CDU-Fraktion vom 16.08.2017

Abg. Mosler erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Es liegt ein Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vor (**Anlage 11 der Niederschrift**). An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Rossow, Mosler, Ausschussvorsitzender Weimann, Schmelzeisen, Reineke-Westphal, und Hoffmann.

Zunächst wird der Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion abgestimmt. Dieser wird bei:

4 Ja-Stimmen
und 6 Enthaltungen
einstimmig

beschlossen.

Danach wird der Ursprungsantrag der CDU-Fraktion abgestimmt. Dieser wird bei:

6 JA-Stimmen und
4 Enthaltungen
Einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

12. Der Kreisausschuss wird beauftragt, einen Runden Tisch „Bauen im Außenbereich“ mit den Vertretern des Weinbauamtes, Kreisbauamtes (Kreisverwaltung), Kreisbauernverbandes, Weinbauverbandes, Zweckverband Rheingau, Landwirtschaftsbehörde sowie mit Vertretern der Städte und Gemeinde des Rheingau-Taunus-Kreises und je einem Vertreter der Kreistagsfraktionen des Rheingau-Taunus-Kreises zu bilden; mit dem Ziel, freiwillige Kriterien für das Bauen im Außenbereich zu erarbeiten.
13. Der Kreisausschuss des Rheingau-Taunus-Kreises wird beauftragt, sich über die kommunalen Spitzenverbände und die Hessische Landesregierung für eine Änderung des § 35 Baugesetzbuch in dergestalt einzusetzen, dass Kommunen zukünftig bei privilegierten Bauvorhaben im Außenbereich ein Mitsprache- und Entscheidungsrecht erhalten.

TOP 11. DS Verschiedenes

Abg. Hoffmann berichtet vom eingereichten Dringlichkeitsantrag zum Thema „Gelbe Tonne“ und bittet den Landrat im Bericht des Landrates darüber zu berichten. Landrat Kilian gibt einen kurzen Sachstandsbericht ab. Eine weitere Frage des Abg. Hoffmann wird von Landrat Kilian und dem Ausschussvorsitzenden Weimann beantwortet.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Weimann gibt es keine weiteren Wortmeldungen zum TOP Verschiedenes.

Der Ausschussvorsitzende Weimann dankt den Anwesenden für die gute Zusammenarbeit, wünscht eine gute Heimreise und schließt die Sitzung um 18.18 Uhr.

Bad Schwalbach, 6. September 2017

(Paul Weimann)
Ausschussvorsitzender

(Franco Matera)
Schriftführer